

**ANTWORTEN DER CDU BERLIN
AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE
VON MEDIA:NET BERLIN-
BRANDENBURG E.V. UND DER
BERLIN MUSIC COMMISSION**

ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021

Standort Berlin:

1. Welchen Stellenwert misst Ihre Partei der Berliner Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft bei?

Antwort:

Die Medien- und Kreativwirtschaft leistet eine bedeutende Grundlage dafür, dass sich in den letzten Jahrzehnten in Berlin eine kreative kulturelle Landschaft entwickelt hat, die Menschen aus der ganzen Welt in unsere Stadt führt und ihnen die Möglichkeit gibt, kreative und innovative Ideen zu verwirklichen. Damit leistet die Medien- und Kreativwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und zur wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt.

Die Kreativität und Innovationskraft der Szenewirtschaft haben die Stadt wesentlich geprägt. Clubs, Festivals und Kultur-Veranstaltungen sind das Experimentallabor für Musiker, Produzenten und Ideen-Pools für Kreativwirtschaft-Branchen wie Mode, Film, Games und moderne Kunst. Hier werden neue Kontakte geschaffen, Projekte ausprobiert, Trends gesetzt und Nischen verteidigt. Von ihrer Wirkung auf Besucher und Fachkräfte profitieren auch andere Branchen im hohen Maße wie z.B. IT/ Start-Up Bereich, die Gastronomie oder der Tourismus.

Die CDU erkennt in der Nachtökonomie einen wichtigen Faktor zur wirtschaftlichen Entwicklung Berlins. Heinz Zellermaier, nach dem 2. Weltkrieg Chef der Berliner Gastronomen und später 20 Jahre CDU-Abgeordneter im Berliner Abgeordnetenhaus, hat 1946 bei den westalliierten Stadtkommandanten die Abschaffung der Sperrstunde durchgesetzt. Die CDU bekennt sich noch heute zu diesem „Erbe“ und lehnt eine Sperrstunde in Berlin ab.

2. Bitte nennen Sie uns drei Gründe, warum die Geschäftsführer*innen, Angestellten und freien Mitarbeiter*innen der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft Ihre Partei wählen sollten?

Antwort:

1. Die CDU steht wie keine andere Partei für eine starke mittelständische Wirtschaft. Gerade angesichts der Corona-Pandemie gilt: Unser wichtigster Job sind sichere Jobs. Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz und sichern Existenzen. Dafür setzen wir auf die drei Säulen unseres Berlin-Pakts: Entlastung – Förderung – Investitionen. Alles, was die Wirtschaft hemmt, werden wir auf den Prüfstand stellen. So werden wir die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft entfesseln und den Berliner Unternehmen einen echten Neustart ermöglichen. Mit einem „Krisen-Check“ wollen wir im Dialog mit den verschiedenen Branchen

sicherstellen, dass bei Förderprogrammen des Landes insbesondere diejenigen Unternehmen berücksichtigt werden, die besonders unter den Pandemiefolgen zu leiden haben. Um Unternehmen unmittelbar zu entlasten, wollen wir außerdem eine vorübergehende Absenkung des Gewerbesteuersatzes prüfen.

2. Wir werden dafür sorgen, dass es auch zukünftig genügend Raum für kreative Orte in unserer Stadt gibt. Wir stehen für eine kulturfreundlich ausgerichtete Stadtentwicklungspolitik, die dafür sorgt, dass landeseigene Grundstücke verstärkt auch für Standorte der Kreativwirtschaft genutzt werden können. Wir haben in der letzten Wahlperiode eine Änderung der Berliner Liegenschaftspolitik veranlasst, die es auch Unternehmen und Projekten ermöglichen sollte, an landeseigene Grundstücke zu gelangen, wenn man nicht das größte Budget, dafür aber das beste Nutzungskonzept hat. Leider hat Rot-Rot-Grün das nicht umgesetzt und wertvolle Liegenschaften in staatlicher Verwaltung ohne spannende Konzepte liegen gelassen, wie etwa die alte Münze, den Spreepark oder den Flughafen Tempelhof. Stadtentwicklungspolitik muss Flächen auch für kreative Orte, die eine Clubnutzung ermöglichen, ausweisen und planungsrechtlich absichern. Wir wollen auch Flächen für andere Unternehmen der Kreativ- und Veranstaltungswirtschaft zur Verfügung stellen. Außerdem werden wir eine Schnittstelle für die Kreativwirtschaft bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (analog zur bestehenden Stelle beim Senat für Wirtschaft, Bereich Kreativwirtschaft) sowie den entsprechenden Bezirksämtern, die zwischen Kultur-, Wirtschaft und Stadtplanung koordiniert und Planungsprozesse für die Kreativwirtschaft mitgestaltet, einrichten.

3. Die Berliner Kreativszene hat seit Jahrzehnten ihre Innovationskraft und ihren Einfallsreichtum bewiesen. Diesen Freiraum zu erhalten, wieder zu geben und zu fördern ist aus unserer Sicht der beste Jobmotor, um Menschen in diesen Branchen zu helfen spannende und gut bezahlte Jobs zu generieren. Staatliche Bevormundung und Kontrolle sind gerade für die Kreativwirtschaft Gift, wie die letzten Jahre unter Rot-Rot-Grün und Corona in Berlin gezeigt haben.

3. Welche konkreten Projekte zur Förderung, Stärkung und ggf. zum Wiederaufbau der durch die Corona-Pandemie angeschlagenen Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft möchte Ihre Partei in der kommenden Legislatur umsetzen?

Antwort:

Veranstaltungs-, Kultur- und Kreativwirtschaft, Hotellerie und Gastronomie gehören zu den Branchen, die besonders hart von der Corona-Pandemie betroffen sind. Gleichzeitig prägen diese Wirtschaftszweige in besonderer Weise

die DNA unserer Stadt. Wir werden sie nicht allein lassen. Zusätzliche Berliner Unterstützungsprogramme sind und bleiben nötig. Wir werden alles daransetzen, damit das Gesicht Berlins nach der Pandemie erhalten bleibt.

Wir werden alle Förderprogramme des Landes einem „Krisen-Check“ unterziehen mit dem Ziel, insbesondere diejenigen Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Fördermittel zu berücksichtigen, die besonders unter den Pandemiefolgen zu leiden haben. Unser wichtigstes Ziel bei der Krisenbewältigung ist es, Arbeitsplätze zu sichern, Unternehmen zu erhalten und Selbständige vor Überschuldung zu bewahren.

Außerdem werden wir ein Bürgschaftsprogramm auflegen, mit dem wir kleine und mittelständische Unternehmen, die aufgrund der Corona-Krise KfW-Darlehen erhalten, für den frei zu finanzierenden Darlehensteil mit einer Bürgschaft unterstützen.

4. Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um Berlin als Standort für die Medien-, Kreativ- und Digitalbranche attraktiver zu machen? Wird sich Ihre Partei für Freiflächen und bezahlbare Räume für Kreative im innerstädtischen Raum einsetzen?

Antwort:

Die Entwicklung Berlins ist maßgeblich getrieben von unseren kulturellen und kreativen Räumen. Ihnen muss bei Stadtentwicklung und Raumnutzung ein deutlich größerer Stellenwert eingeräumt werden. Wir werden gemeinsam mit allen relevanten Akteuren einen Stadtentwicklungsplan Kultur erarbeiten und darin Konzepte und Leitlinien zur Sicherung und Entwicklung von Kulturräumen in Berlin verankern.

Wir wollen eine kulturfreundlich ausgerichtete Stadtentwicklungspolitik, die dafür sorgt, dass landeseigene Grundstücke verstärkt auch für Standorte der Kreativwirtschaft genutzt werden können. Stadtentwicklungspolitik muss Flächen auch für kreative Orte, die eine Clubnutzung sowie Kreativ- und Veranstaltungswirtschaft ermöglichen, ausweisen und planungsrechtlich absichern.

Wir werden eine Schnittstelle für die Kreativwirtschaft bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (analog zur bestehenden Stelle beim Senat für Wirtschaft, Bereich Kreativwirtschaft) sowie den entsprechenden Bezirksämtern einrichten, die zwischen Kultur-, Wirtschaft und Stadtplanung koordiniert und Planungsprozesse für die Kreativwirtschaft mitgestaltet.

Außerdem wollen wir das Planungsinstrument „Clubkataster“ mit fortgeführter Unterstützung durch das Musicboard ausbauen. Es soll konsequent im Planungsalltag der Bezirke Anwendung finden. Außerdem wollen wir parallel zum Clubkataster ein ähnliches Instrument aufbauen, das mögliche freie Flächen für eine (Zwischen-)Nutzung erfasst und die Durchführbarkeit von spontanen Free Open Airs prüft. Standortpartnerschaften zwischen Industrie und Musik-/Kreativszene unterstützen wir ausdrücklich.

Darüber hinaus wollen wir den ehemaligen Flughafen Tempelhof schrittweise zu einem Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft weiterentwickeln. Insbesondere der Ansiedlung der Deutschen Film- und Fernsehakademie (DFFB) kommt hierbei eine große Bedeutung zu.

5. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie internationale Fachkräfte für die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft nach Berlin holen?

Antwort:

Wir setzen uns dafür ein, dass Einwanderungsverfahren für internationale Fachkräfte deutlich schneller und so unbürokratisch wie möglich durchgeführt und abgeschlossen werden. Wir werden gezielt um internationale Fachkräfte werben und darüber hinaus in jedem Bezirk die Wirtschaftsförderung mit mindestens zwei zusätzlichen Stellen ausstatten, die ein Welcome Office mit internationaler Sprachkompetenz betreuen werden.

Die erfolgreiche Einführung der VFX-Förderung für die digitale Filmproduktion hat zudem gezeigt, dass es mit effizienten und modernen Förderinstrumenten nicht nur gelingt, Investitionen in die Stadt zu holen, die ein Vielfaches an Fördervolumen umfassen, sondern damit auch hochqualifizierte Arbeitsplätze in der Digitalwirtschaft in Berlin geschaffen werden können. Diese Form der Wirtschaftsförderung wollen wir erweitern.

6. Berliner Veranstalter*innen werden für Genehmigungen ihrer Veranstaltungen seitens der jeweilig verantwortlichen Bezirksämter in Berlin unterschiedlich behandelt. Ist Ihre Partei bereit, vereinfachte aufeinander synchronisierte Antrags- und Genehmigungsverfahren für Veranstaltungen – insbesondere mit Blick auf den Immissionsschutz zur Nutzung von Sonderflächen wie Open Airs – in Berlin aufzustellen?

Antwort:

Wir wollen, dass Berlin in den Branchen der Kreativ- und Kulturwirtschaft Spitze ist und bleibt. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, dass Genehmigungsverfahren für Filmdrehs, Kulturveranstaltungen, Festivals, Volksfeste und Open Air-Veranstaltungen, einheitlicher, einfacher, verlässlicher,

schneller, kostengünstiger und veranstalterfreundlicher ausgestaltet werden. Berlin muss dazu die entsprechenden Verwaltungsvorschriften und Gesetze im Bereich des Lärmschutzes und des Verwaltungsverfahrens anpassen. Außerdem wollen wir parallel zum Clubkataster ein ähnliches Instrument aufbauen, das mögliche freie Flächen für eine (Zwischen-)Nutzung erfasst und die Durchführbarkeit von spontanen Free Open Airs prüft.

Branchenspezifisch:

1. Welchen Stellenwert hat die Berliner Film- und TV-Branche für Ihre Partei? Wie will Ihre Partei die Film- und TV-Branche in der kommenden Legislatur fördern bzw. unterstützen?

Antwort:

Wir setzen uns bereits seit vielen Jahren für den Erhalt und die Strukturierung der vielfältigen Programmkinolandschaft in Berlin ein, die wir über das Medienboard weiter fördern wollen – unter anderem mit dem Kinoprogrammpreis.

Die erfolgreiche Arbeit des Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH werden wir weiter unterstützen. Dazu gehört eine weitere Erhöhung des Fördervolumens. Es leistet seit Jahren einen erfolgreichen Beitrag, indem es die Entwicklung der gemeinsamen Medienregion fördert, mit dem Ziel der Sicherung und Stärkung der medienwirtschaftlichen und filmkulturellen Infrastruktur unter künstlerischen, wirtschaftlichen und technischen Gesichtspunkten. Außerdem soll das Medienboard eine Hauptstadtrepräsentanz erhalten.

Motor der erfolgreichen Entwicklung in der Region sind und bleiben die zahlreichen großen und kleinen Unternehmen der Filmproduktion und –bearbeitung. Sie haben einen entscheidenden Anteil daran, dass Berlin für Filmproduzenten aus der ganzen Welt ein attraktiver Drehort geworden ist. Sie stellen für den Filmstandort Berlin eine wichtige Infrastruktur dar und schaffen viele Arbeitsplätze. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Förderung, auch des Bundes, erhöht wird und dabei auch technische Innovationen und Infrastruktur verstärkt Berücksichtigung finden.

Der von uns mitinitiierte VFX Fonds zur Förderung der digitalen Filmbearbeitung soll erhalten und ausgebaut werden. Außerdem werden wir ein berlinweites Genehmigungsverfahren für Drehgenehmigungen schaffen.

Schließlich setzen wir uns auch dafür ein, gemeinsam mit zentralen Akteuren der Filmregion Berlin (und Babelsberg) ein Finanzierungs- und Umsetzungs-

konzept für die Einrichtung eines landeseigenen Filmhauses für Berlin zu entwickeln. Zentrale Akteure der Filmregion Berlin sollen dort unter einem Dach zusammenwirken.

Die Berlinale ist und bleibt ein besonderes Aushängeschild der Filmmetropole Berlin, das für uns einen sehr hohen Stellenwert hat. Wir begrüßen die vielfältigen Aktivitäten, die die Berlinale in den letzten Jahren noch mehr zu einem Publikumsfestival gemacht.

2. Wie beurteilt Ihre Partei die Berliner Start-up-Szene und wie will sie diese fördern?

Antwort:

Viele Ideen, die die Welt verändert haben, sind in jungen Unternehmen, den Start-Ups, entstanden. Berlin ist Gründerhauptstadt in Deutschland und spielt europaweit in der Spitzenliga des Gründungsgeschehens. Aus der ganzen Welt kommen Menschen mit Ideen in unsere Stadt, gründen Unternehmen und schaffen Arbeitsplätze. Damit das so bleibt und die Stadt für kreative und technologieorientierte Gründer noch attraktiver wird, wollen wir das Potential der Start-Ups als Wachstums- und Innovationstreiber stärker fördern. Über eine Innovationsagentur werden wir Start-Up-Unternehmen direkt bezuschussen und spezielle Inkubatoren lizensieren, die ihrerseits Start-Ups fördern und Wagniskapital ausgeben. Wir werden eine „Berlin Start Up Agency“ gründen, die Berlins Gründerfonds verwalten wird. Er wird niedrigschwellig Kapital für Unternehmensgründungen bereitstellen, wo Banken sich daran gehindert sehen. Dafür wollen wir gemeinsam mit privaten Partnern Kapital in Höhe von 2 Milliarden Euro auflegen. Die Bürgschaftsbank Berlin-Brandenburg versetzen wir in die Lage, zusätzlich notwendige Bürgschaften auszugeben. Wichtig sind darüber hinaus Transparenz und Vernetzung aller bestehenden Initiativen. Das gelingt durch eine datengetriebene Plattform zum aktuellen Zustand des Start-Up-Ökosystems, die allen Beteiligten frei zur Verfügung gestellt wird.

3. Welchen Stellenwert hat die Berliner Games- und Esports-Branche für Ihre Partei?

Antwort:

Wir erkennen die wachsende Bedeutung des e-Sports wie auch des e-Gaming in Deutschland und auch Berlin an. Die Branche der Computer- und Videospiele wirkt als Treiber für Innovationen in der Kultur- und Kreativwirtschaft und zunehmend in andere wirtschaftliche Bereiche hinein. Die Technologie hinter Computerspielen wird heute für technische Simulationen zum Beispiel im

Fahrzeugbau, in der Architektur oder in der schulischen und beruflichen Bildung genutzt.

4. Welche Vorschläge hat Ihre Partei, um Berlin zu einem führenden Games- und Esports-Standort deutschlandweit/weltweit auszubauen?

Antwort:

Wir stehen für eine investitionsfreundliche Atmosphäre in Berlin. In unserem Wahlprogramm zur Abgeordnetenhauswahl 2021 schlagen wir eine Reihe an Programmen und Möglichkeiten zur klassischen Wirtschaftsförderung und zur Förderung von Start-Ups vor. Wir wollen bestehende Förderprogramme für Start-Ups und kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) im Hinblick auf die Digitalisierung weiterentwickeln und, wo sinnvoll, neue schaffen. Dazu gehört für uns beispielsweise auch die gezielte Förderung von Glasfaseranschlüssen bei KMU. Das Glasfasernetz wollen wir in Berlin bis zum Jahr 2028 lückenlos ausbauen.

5. Welchen Stellenwert hat die Berliner Musik- und Events-Branche für Ihre Partei? Wie will Ihre Partei die Musik- und Event-Branche in der kommenden Legislatur fördern bzw. unterstützen?

Antwort:

Die Musik-, Eventbranche und die Clubkultur sind wichtige Bestandteile der Nachtökonomie in Berlin. Die Berliner Wirtschaft lebt von Unternehmen, die am Tag und in der Nacht zur Attraktivität, Wohlstand und Jobs in Berlin beitragen. Die CDU wird daher dafür sorgen, dass diese Branchen in Politik und Verwaltung die notwendige Unterstützung erhalten.

Wir wollen, dass Berlin in den Branchen der Kreativ- und Kulturwirtschaft Spitze ist und bleibt. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, dass Genehmigungsverfahren für Filmdrehs, Kulturveranstaltungen, Festivals, Volksfeste und Open Air-Veranstaltungen, einheitlicher, einfacher, verlässlicher, schneller, kostengünstiger und veranstalterfreundlicher ausgestaltet werden. Berlin muss dazu die entsprechenden Verwaltungsvorschriften und Gesetze im Bereich des Lärmschutzes und des Verfahrens anpassen.

Die Musikwirtschaft ist bisher kein Förderschwerpunkt der Wirtschaftsverwaltung. Wir werden das ändern. Das Musicboard muss zudem, als GmbH gegründet, zur Förderung der Musikwirtschaft, diese Aufgabe endlich wahrnehmen. Berlin ist eine Musikstadt von nationaler und internationaler Bedeutung. Diese Erkenntnis muss endlich in Landespolitik umgesetzt werden.

Wir werden dabei alle Branchen der Musikwirtschaft berücksichtigen, von den Veranstaltern, den Studios, den Produzenten, den Vermarktern und Agenturen, Musikern und Ensembles bis hin zu DJs und Clubkultur. Wir setzen dabei auf einen Dialog mit der Branche und den Netzwerken wie Berlin Music Commission und Clubcommission, um entsprechende Förderungen, Plattformen, Kooperationen, Genehmigungen und Strukturen zu entwickeln.

Solo-Selbständige, Kleinstunternehmen & Mittelstand:

1. Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass es in Deutschland zu wenig Unterstützung für Solo-Selbständige gibt. Welchen Stellenwert haben Solo-Selbständige der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft für Ihre Partei?

Antwort:

Solo-Selbständige sind ein unverzichtbarer Teil der genannten Branchen. Die Corona-Pandemie hat auf dramatische Weise aufgezeigt, welche Notwendigkeiten es für die Unterstützung dieser Berufsgruppe gibt. Wir werden uns im Dialog mit den Interessenvertretungen und der Branche der nachhaltigen Verbesserung der Rahmenbedingungen widmen. Das ist für die CDU eine Konsequenz, die wir aus den Erfahrungen mit der Pandemie ziehen.

2. Wie will Ihre Partei die Solo-Selbständigen in der kommenden Legislatur, konkret in den ersten 12 Monaten, unterstützen?

Antwort:

Die CDU hat seit einem Jahr gefordert, dass es für die Unternehmen und Solo-Selbständigen in der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft eine gesonderte finanzielle Landesunterstützung geben muss, weil wir die besondere Relevanz dieser Branchen für Berlin erkannt haben. Wir haben daher gefordert, dass diese Hilfen mindestens bis Ende 2021 erfolgen müssen. Im Rahmen der Beratungen für den Haushalt 2022/23 werden wir uns dafür einsetzen, dass dort, wo es notwendig ist, auch im kommenden Doppelhaushalt eine entsprechende Unterstützung erfolgt. Unser Ziel ist es dafür zu sorgen, dass auch diese Branchen zu alter Stärke zurückfinden und eine wirtschaftliche Perspektive ohne permanente staatliche Hilfen haben.

3. Wird sich Ihre Partei für den Aufbau künftiger Ausfallssicherungssysteme für Solo-Selbständige und Kleinstunternehmen im Bereich Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft und insbesondere im Bereich der Musikwirtschaft engagieren?

Antwort:

Die CDU sieht die Notwendigkeit, ein gesondertes Absicherungssystem im Rahmen der Sozialsysteme für die Solo-Selbständigen und Kleinstunternehmen in den Bereichen der Medien-, Kreativ-, Digital- und Musikwirtschaft zu schaffen.

4. Internationale Medien- und Digitalkonzerne wie Amazon, Google und Co. erwirtschaften erhebliche Gewinne in Deutschland/in Berlin, zahlen aber wenig Steuern. Das gefährdet u.a. den Berliner Mittelstand. Welchen Stellenwert hat der Berliner Mittelstand für Ihre Partei und wie wollen Sie sie in der kommenden Legislatur unterstützen?

Antwort:

Der Berliner Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir werden ihm die Unterstützung geben, die er braucht und die er verdient. Hierfür werden wir ein modernes Berliner Mittelstands- und Vergabegesetz beschließen und Vergaben an kleine und mittelständische Unternehmen, Handwerksbetriebe und Unternehmen mit neuen Ideen „Made in Berlin“ voranbringen. Auch das Potenzial der Start-Ups als Wachstums- und Innovationstreiber werden wir stärker fördern. Über eine Innovationsagentur werden wir Start-Up-Unternehmen direkt bezuschussen und spezielle Inkubatoren lizensieren, die ihrerseits Start-Ups fördern und Wagniskapital ausgeben.

Themenspezifisch:

1. Die Berliner Start-up-Szene ist international, bunt und meist englischsprachig. Die Berliner Verwaltung in den Bezirken spricht und versteht meist nur Deutsch. Internationale Mitarbeiter*innen scheitern bspw. bei der Anmeldung ihrer Wohnung bzw. benötigen Unterstützung bei den zahlreichen Behördengängen. Welche Maßnahmen für eine Berliner Willkommenskultur der Verwaltung möchte Ihre Partei in der kommenden Legislatur umsetzen? Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um internationale Talente in Berlin willkommen zu heißen?

Antwort:

Eine auf der deutschen Sprache aufbauende potenzielle Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz von zahlreichen Menschen in unserer Stadt sehen wir als große Chance – gerade auch im öffentlichen Raum.

Ziel der Personalpolitik des öffentlichen Dienstes muss die Erhöhung des Anteils von Mitarbeitern mit interkultureller Kompetenz und Mehrsprachigkeit im Sinne eines verhandlungssicheren Umgangs mit der jeweiligen Sprache sein. Deshalb wollen wir, dass sich noch mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für eine Laufbahn im Öffentlichen Dienst entscheiden. Natürlich kommt der Weltsprache Englisch dabei eine besondere Rolle zu. Gerade in Verwaltungen, die mit ausländischen Investoren und Unternehmen zu tun haben, ist es sinnvoll, die englische Sprachkompetenz zu stärken.

Insbesondere für die aus dem Ausland zuziehenden Fachkräfte sind international ausgerichtete Bildungseinrichtungen ein elementarer Faktor bei der Standortentscheidung. Daher setzen wir uns auch dafür ein, Schulen mit europäischem und internationalem Profil dauerhaft zu sichern und auszubauen.

2. Welche Meinungen vertritt Ihre Partei zu Urheberrecht, Datenschutz und Online-Sicherheit?

Antwort:

Durch die Digitalisierung ist das Spannungsfeld um das Urheberrecht sicht- und spürbarer geworden. Aber auch im digitalen Zeitalter gilt der Anspruch des Urhebers auf Schutz seines geistigen Eigentums und das Recht auf eine angemessene Vergütung seiner Leistung. Es sichert nicht nur das Einkommen der Urheber, es ermöglicht auch künstlerische Vielfalt.

Datenschutz braucht Rechtssicherheit auf Basis klarer, transparenter und internationaler Regeln. Deshalb streben wir ein vor allem einheitliches, hohes Datenschutzniveau in ganz Europa an, das den berechtigten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft und damit unserem zukünftigen Wohlstand gleichermaßen Rechnung trägt.

Wir wollen die Rolle des Datenschutzbeauftragten reformieren: Der Datenschutzbeauftragte muss stärker die Rolle eines Mediators einnehmen. Die bisher rein juristische Ausrichtung ist zukünftig um eine technische Expertise zu ergänzen. Im Vordergrund muss das Ermöglichen und nicht das Verhindern stehen.

Kriminalität verlagert sich im digitalen Zeitalter immer mehr ins Netz. Neue Formen der Kriminalität werden dadurch erst möglich: Vom Datendiebstahl über

den Online-Betrug bis hin zur Industriespionage. Widerstandsfähige IT-Infrastrukturen und Netze sind angesichts dieser Bedrohungslage unverzichtbar. Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen Opfer von Straftaten im Internet werden. Deshalb werden wir die personellen Ressourcen und die technischen Fähigkeiten des LKA bei der Prävention, der Aufklärung und der Bekämpfung von Cyberkriminalität erheblich steigern.

Auch Behörden, staatliche Einrichtungen und kritische Infrastrukturen sind Ziele von Cyberangriffen. Die Landes- und Bezirksverwaltungen sind als „kritische Infrastrukturen“ zu behandeln und entsprechend zu schützen. Der Schutz der IKT-Infrastruktur des Landes Berlins muss jederzeit den ständigen Veränderungen der Bedrohungen angepasst werden und dem neuesten technischen Standard entsprechen.

3. Welche Position vertritt Ihre Partei hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg für eine starke Kreativ-Hauptstadtregion?

Antwort:

Das Cluster Informations- und Kommunikationstechnologie, Medien und Kreativwirtschaft (IMK) der Länder Berlin und Brandenburg leistet einen wichtigen Beitrag zur Innovationsfähigkeit der Region Berlin-Brandenburg. Insbesondere Teile der Kreativwirtschaft sowie auch zahlreiche IKT-Unternehmen erbringen – häufig in enger Zusammenarbeit mit der regionalen Forschungs- und Hochschullandschaft – einen deutlichen Beitrag für innovative Produkt-, Produktions- und Absatzfelder. Diesen Ansatz wollen wir weiterverfolgen und stärken.

Zahlreiche Kulturveranstaltungen und Festivals werden in Brandenburg inzwischen von Akteuren aus der Kultur-, Veranstalter- und Clubszene in Berlin organisiert bzw. unterstützt. Wir wollen diese Projekte und Veranstaltungen gemeinsam mit Brandenburg unterstützen.

Außerdem wollen wir Gespräche zur Fusion der beiden Wirtschaftsfördergesellschaften (WFB und Berlin Partner) mit Brandenburg aufnehmen und bei einer Zustimmung des Nachbarlandes diese schnell umsetzen.

Fragen der Berlin Music Commission eG:

1. Erkennt Ihre Partei die Musikwirtschaft und ihre gesamte Wertschöpfungskette als Standortfaktor für Berlin und MUSIK als Motor der zukunftsfähigen Entwicklung der deutschen Hauptstadt und nicht zuletzt der Kreativ- und Kulturwirtschaftsbranche in Berlin an? Wird Ihre Partei die Unterstützung der Musikwirtschaft in ihr Wahlprogramm bzw. in ihre politische Agenda aufnehmen und behandeln?

2. Nach unserer Schätzung müssten mindestens 3-5% der durch die Musikwirtschaft jährlich erzielten Steuereinnahmen im Landeshaushalt in den weiteren jährlichen Branchenaufbau reinvestiert werden. In welcher Art wird Ihre Partei Rahmenbedingungen und Mechanismen innerhalb des Senates und der Verwaltung schaffen, um eine nachhaltige Investition in die Musikwirtschaftsbranche zu garantieren?

3. Ist Ihre Partei bereit, sich für die Bereitstellung der notwendigen Budgets und Investitionsinstrumente für die Musikwirtschaft zu engagieren und sie langfristig, ähnlich der Budgets der Medienwirtschaft, auszubauen?

Antwort auf Fragen 1, 2 und 3:

Die Musik-, Eventbranche und die Clubkultur sind wichtige Bestandteile der Nachtökonomie in Berlin. Die Berliner Wirtschaft lebt von Unternehmen, die am Tag und in der Nacht zur Attraktivität, Wohlstand und Jobs in Berlin beitragen. Die CDU wird daher dafür sorgen, dass diese Branchen in Politik und Verwaltung die notwendige Unterstützung erhalten.

Wir wollen, dass Berlin in den Branchen der Kreativ- und Kulturwirtschaft Spitze ist und bleibt. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, dass Genehmigungsverfahren für Filmdrehs, Kulturveranstaltungen, Festivals, Volksfeste und Open Air-Veranstaltungen, einheitlicher, einfacher, verlässlicher, schneller, kostengünstiger und Veranstalterfreundlicher ausgestaltet werden. Berlin muss dazu die entsprechenden Verwaltungsvorschriften und Gesetze im Bereich des Lärmschutzes und des Verwaltungsverfahrens anpassen.

Die Musikwirtschaft ist bisher kein Förderschwerpunkt der Wirtschaftsverwaltung. Wir werden das ändern. Das Musicboard muss zudem, als GmbH gegründet zur Förderung der Musikwirtschaft, diese Aufgabe endlich wahrnehmen. Berlin ist eine Musikstadt von nationaler und internationaler Bedeutung. Diese Erkenntnis muss endlich in Landespolitik umgesetzt werden.

Wir werden dabei alle Branchen der Musikwirtschaft berücksichtigen, von den Veranstaltern, den Studios, den Produzenten, den Vermarktern und Agenturen,

Musikern und Ensembles bis hin zu DJs und Clubkultur. Wir setzen dabei auf einen Dialog mit der Branche und den Netzwerken wie Berlin Music Commission und Clubcommission, um entsprechende Förderungen, Plattformen, Kooperationen, Genehmigungen und Strukturen zu entwickeln.

Die Berlin Music Commission ist als Branchennetzwerk der Musikwirtschaft ein wichtiger Partner bei der Entwicklung der Musikstadt Berlin. Der „Listen to Berlin Award“ soll ein Berliner Musikpreis von internationaler Strahlkraft werden. Die „most wanted music“ und „Stadt nach acht“ Konferenzen sind für uns wichtige Formate zum Dialog über Musikwirtschaft, Nachtökonomie und Clubkultur. Der Karneval der Kulturen, die Fete de la Musique und die Musikfestivals in Berlin wollen wir erhalten und unterstützen.

Ideen aus Berlin zur Entfaltung kreativer Potentiale können einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung von Städten leisten und sind national und international nachgefragt. Wir werden daher auch Formate wie „happy locals“ und andere unterstützen, um die Erfahrung Berlins im Bereich der Kreativszene zu einem „Exportschlager“ zu machen.

Außerdem hat auch die zeitgenössische Musik die kulturelle Anziehungskraft Berlins in den vergangenen Jahrzehnten national und auch international ganz enorm gesteigert. Im Wahlprogramm der CDU Berlin finden sich zahlreiche Forderungen und Maßnahmen, mit denen wir die Musikwirtschaft in Berlin fördern und stärken werden.

4. Erkennt Ihre Partei die Arbeit des Musikwirtschaftsnetzwerkes Berlin Music Commission in der Vergangenheit an und ist gewillt, dieses Netzwerk weiterhin finanziell zu unterstützen?

Antwort:

Für uns ist die Berlin Music Commission als Branchennetzwerk der Musikwirtschaft ein wichtiger Partner bei der Entwicklung der Musikstadt Berlin. Wir wollen ihre Kompetenz in die Berliner Planungs- und Abstimmungsprozessen einbeziehen und setzen uns für eine dauerhafte finanzielle Absicherung der Arbeit der Berlin Music Commission ein.

5. Stimmen Sie einem Konjunkturprogramm für die Musikwirtschaft für die Zeit nach der Corona-Pandemie zu, um einen Neustart für den Standort Berlin zu ermöglichen?

Antwort:

Wir werden im Rahmen eines Masterplan Musik ein Instrumentarium für populäre Musik entwickeln, mit dem wir wirtschaftlich orientierte

Gemeinschaftsprojekte unterstützen, kreativen Input belohnen und Branchennetzwerke fördern. Außerdem werden wir zur Unterstützung des Neustarts nach der Pandemie ein Programm zur Unterstützung und Neueinrichtung von Clubs und Kulturorten einrichten.

6. Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass Budgets für internationales Marketing für Berlin als weltweit relevanter Musikstandort zur Verfügung gestellt werden?

Antwort:

Wir werden die Werbung für den Wirtschaftsstandort Berlin im In- und Ausland verstärken. Die von der Corona Krise getroffenen Unternehmen im Kongress- und Messegeschäft, der Kultur- und Kreativwirtschaft, der Gastronomie, der Hotellerie und des Einzelhandels werden wir durch ein stärkeres Engagement bei visit Berlin und Berlin Partner unterstützen. Wir werden außerdem die Förderung von Berliner Unternehmen ausweiten, die ihre Geschäftstätigkeit auf das Ausland erweitern.